

## Zivilgesellschaft stärken und schützen

## Lagebild und mögliche Handlungsfelder für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Dr. Cathleen Bochmann  
Aktion Zivilcourage e.V.  
Lockwitzer Straße 4  
01219 Dresden  
[www.aktion-zivilcourage.de](http://www.aktion-zivilcourage.de)

Ein Angebot  
im Rahmen des Bundesprogramms  
Demokratie **leben!**

## Einleitung

Ziel des Projekts „Zivilgesellschaft stärken und schützen“ der Aktion Zivilcourage e.V. im Auftrag des BMFSFJ ist es, neue Konzepte zu entwickeln und zu erproben, die zivilgesellschaftlich Engagierte unterstützen, sie empowern und wirksam vor Anfeindungen und Übergriffen schützen. Unter Einbeziehung bereits existierender kommunaler bzw. regionaler Beratungsstrukturen werden die Bedarfe für kommunale Schutzkonzepte ermittelt.

Kommunen und Landkreise können mit ihrer Partnerschaft für Demokratie (PfD) freiwillig in diesem Projekt mitwirken, um ihre Engagementstrukturen zu verbessern, indem Prävention und Intervention in Bedrohungssituationen gegenüber zivilgesellschaftlich Aktiven ausgebaut werden.

Der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt entschloss sich im Juni 2022 auf Basis eines positiven Votums des Begleitausschusses der PfD zur Teilnahme am Modellprojekt. Hintergrund zum Entschluss war die Arbeit der Koordinations- und Fachstelle (KuF) im Jugendbereich, in deren Rahmen zunehmend engagierte Jugendliche von Bedrohungsempfinden und Bedrohungssituationen durch rechte Strukturen berichteten. Der hier vorliegende Lagebericht dient dazu, die lokale Situation im Themenfeld näher zu beleuchten und die Perspektiven auf mögliche Bedrohungslagen im Landkreis darzustellen. Entsprechend der Hinweise und dank der Vermittlung des federführenden Amtes und der externen Fach- und Koordinationsstelle der PfD fanden im Zeitraum Juni bis November 2022 wissenschaftliche teil-standardisierte qualitative Interviews mit Betroffenen und Multiplikatoren in der Stadt statt.

Es wurden Vertreter aus folgenden Bereichen befragt: 13 Jugendliche und junge Erwachsene aus verschiedenen Arbeitsfeldern zivilgesellschaftlichen Engagements, 11 Multiplikatoren aus den Bereichen Jugendarbeit, Verwaltung (Landkreis und Stadt), Demokratieförderung, Beratungsstrukturen und der Polizei. Die Gespräche mit den Jugendlichen fanden teilweise in Form von Fokusgruppen-Interviews statt. Wenn im Bericht nachfolgend verkürzt von Jugendlichen gesprochen wird, so umfasst dies teilweise auch junge Erwachsene. Das Altersspektrum liegt zwischen 16 und 25 Jahren. Die geführten Interviews dauerten 30-90 Minuten. Das Material wurde entweder als Hintergrundgespräch sofort während des Gesprächs und in dessen unmittelbarem Anschluss schriftlich zusammengefasst oder elektronisch aufgezeichnet, transkribiert und bei Bedarf leicht sprachlich bearbeitet, um Verständlichkeit zu gewährleisten. Die Daten wurden entsprechend Datenschutzerfordernissen ggf. anonymisiert. Sämtliche in diesem Dokument verwendeten wörtlichen Zitate stammen aus den Interviews. Sie geben die Perspektive der Interviewpartner auf die Lage in der Region sowie deren Wünsche und Bedürfnisse wieder. Da gezielt auskunftsfähige Personen ausgewählt wurden (Konzept des theoretical sampling), handelt es sich nicht um eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe, sondern um eine Sondierung derjenigen, die am meisten vom Thema betroffen sind.

Auf Grundlage dieses Berichts lassen sich im Folgenden Maßnahmen entwickeln, welche von der Zivilgesellschaft, politisch Verantwortlichen und Sicherheitsbehörden im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gemeinsam umgesetzt werden können.

## Die rechte Szene und ihr gesellschaftliches Umfeld

Der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt weist seit Langem gewaltbereite, teils überregional vernetzte und aktive rechte Strukturen auf. Das Umfeld der Kameradschaft Saalfeld, Anti-Antifa Ostthüringen und des Thüringer Heimatschutzes spielten eine zentrale Rolle in der Entstehung des rechten Terrors des Nationalsozialistischen Untergrunds. Saalfeld-Gorndorf galt zeitweise ein Schwerpunkt extrem rechter Strukturen, der Übergriff auf den Mitarbeiter des Jugend- und Stadtteilzentrums in Saalfeld-Gorndorf 2016 ist den Akteuren der Jugendarbeit noch immer präsent. Ebenso präsent sind jedoch auch schlagkräftige Maßnahmen von Polizei und Justiz gegen Schlüsselfiguren der Szene, wie beispielsweise 2019 im Fall von Felix R. Im Sommer 2022 lag einer der Schwerpunkte der Razzia und Festnahmen des Thüringer Landeskriminalamtes im Umfeld der Turonen im Raum Saalfeld. In den letzten Jahrzehnten nimmt somit das Gewaltpotenzial periodisch immer wieder zu und ab und betrifft im Zeitverlauf unterschiedliche Personenkreise in unterschiedlichem Ausmaß. Auch wenn extrem rechte Strukturen und das von ihnen ausgehende Gewaltpotenzial sich aktuell vielleicht auf niedrigerem Niveau befinden als zu früheren Zeiten, so waren sie doch nie weg.

In neuerer Zeit finden sich im Landkreis rechtsextreme Parteistrukturen (z.B. Neue Stärke), neonazistischen Gruppen, eine rechtsoffenen Jugendszene, Rechtsrock und rechte Subkultur sowie Reichsbürger (Hacienda Mexicana). Rechtspopulistische Akteure sind, wie andernorts auch, gut etabliert. Hinzu kommt ein heterogenes Demonstrationsgeschehen, welches eine breite Bevölkerung mit extrem rechten Gruppen unter jeweils aktuellen Themen (Coronaprottest, Russland / Ukraine, Energiekrise, generalisierte Regierungskritik) mischt. Eine Aufarbeitung und Darstellung dieser Strukturen steht jedoch nicht im Fokus des Lageberichts, relevant sind vielmehr die sich daraus ergebenden Bedrohungspotenziale für lokal engagierte Akteure.

Mögliche Bedrohungsformen umfassen sowohl die kollektive Ebene der Träger und Institutionen (z.B. Störungen der Arbeit in Vereinshäusern, bei Festen und Demonstrationen, Diffamierungen und Hassrede im Netz sowie Sachbeschädigungen) als auch die individuelle Ebene (z.B. Outing- und Feindeslisten, physische Gewalt). Eine frühzeitige Reaktion auf ggf. steigende Bedrohungspotenziale liegt dabei gleichermaßen im Interesse der Sicherheitsbehörden, der Landkreisverwaltung und der demokratischen Zivilgesellschaft. Welche Bedrohungen in den Interviews im Landkreis erfasst wurden, stellt Kapitel 3 ausführlich dar. Neben möglichen manifesten Bedrohungslagen wie Vandalismus oder Körperverletzung gegen Engagierte spielt jedoch auch die gesamtgesellschaftliche Stimmung eine Rolle, wenn es darum geht, ob Menschen sich engagieren oder nicht. Diese latenten indirekten Bedrohungen entstehen beispielsweise durch die Präsenz von rechtsextremen Symboliken im öffentlichen Raum oder durch Diskursverschiebungen nach rechts.

Studien wie der Thüringen-Monitor zeigen hierbei erst einmal, dass klar rechtsextreme Einstellungen im Freistaat in den letzten zwanzig Jahren abgenommen haben (11% in 2021) und die überwiegende Bevölkerungsmehrheit rechtsextreme Positionen nicht unterstützt (Reiser et.al. Ergebnisse des Thüringen Monitors 2021, Uni Jena / KomRex: 79-80). Jedoch ist knapp die Hälfte der Thüringer Bevölkerung mit ihren Einstellungen als populistisch einzuordnen, von denen 21% rechtsextrem-autoritär geprägt sind sowie zusätzlich weitere 13% der Populisten Demokratie aus rechtsextremen Motiven heraus ablehnen (Reiser et.al. 2021: 90). Es ist schlüssig anzunehmen, dass sich der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt hierbei nicht wesentlich von den anderen Regionen Thüringens abhebt.

## Interviewbefunde

Sowohl die Mitarbeitenden der Jugendarbeit als auch die jungen Menschen selber empfinden dieses rechtsoffene Umfeld als problematisch und nehmen entsprechende Symbolik im öffentlichen Raum sehr sensibel wahr. So schilderten zwei Befragte, dass bei ganz gewöhnlichen öffentlichen Festen spätabends plötzlich extremistische Musik gespielt würde und niemand interveniert. Andere beschrieben, dass ihnen in Debatten mit Bürgern fremdenfeindliche und rassistische Vorurteile, z.B. Angst vor „Messerstechern“ und Überfremdung durch Geflüchtete genannt würden, obwohl es jene kaum im Ort gibt. Als rechts konnotierte Symbole spielen eine sehr prägnante Rolle im öffentlichen Raum, v.a. in den drei Städten Rudolstadt, Saalfeld und Bad Blankenburg:

*„Wenn man in verschiedenen Schulgebäuden ist, was man da auf dem Schulhof aufschnappt, Sprüche oder so. Es ist immer dieses Unterschwellige. [...] Oder auch die Autos. Wir haben hier ein Auto, da ist einfach ein Eisernes Kreuz vorne drauf. Wenn dann noch das Kennzeichen mit 88 beginnt, all solche Sachen. Das fällt hier sehr stark auf und das war schon 2019 sehr stark. Und ich finde durch Corona sieht man das noch mal mehr. Oder es hat sich halt noch mal ein bisschen verstärkt. Wie gewaltvoll das ist, das kann ich immer nicht so ganz abschätzen.“*

*„Yakuza und Thor Steinar ist hier Uniform-Kleidung. Also das hängt auch in jedem Second Hand, das kannst du überall kaufen. Du musst es noch nicht mal aufwändig im Internet bestellen. Sondern es gibt mehrere Läden, die das quasi original und neu anbieten. Es gibt aber auch andere Läden, Second Hand Shops, da flattert das da draußen rum. Es gibt auch viele Leute, die das „HKNKRZ“, ohne Vokale als Shirts tragen.“*

Gerade für diejenigen Multiplikator:innen, die direkt mit Jugendlichen arbeiten ergibt sich aus dieser Präsenz der Wunsch, gegenzuhalten und jungen Menschen den Rücken zu stärken, damit diese nicht in rechtsextreme Strukturen geraten. Hierbei werden viele Parallelen zu den neunziger Jahren beschrieben

*„Das hat mich schon einigermaßen schockiert, weil ich gedacht habe, dass sich strukturell schon ein bisschen was geändert hat. Aber wenn sie genauso erzählen, dass sie gesagt bekommen: „Hey da warten jetzt Leute auf dich, steig mal eine Station später oder früher aus“, dann war das total ähnlich. [...] Und auch die Gewalterfahrung, die so gut wie jeder schon gemacht hatte, das war echt eine Ausnahme, wenn's nicht passiert ist. Und wie es in der Schule zum Teil einfach auch respektiert wird, auch von den Pädagogen:innen.“*

*„Das sind die Kinder diese NSU-Generation, die jetzt mittlerweile irgendwie denselben Weg gehen. Und daran sieht man halt auch das es irgendwie nicht nur ein kleines Mini-Netzwerk war, sondern die Sympathisanten und Unterstützerinnen-Netzwerk halt wesentlich größer ist. Das sind zum Teil deren Kids oder Kids, deren Eltern da nichts mit am Hut haben, die aber sehr gut angeworben werden.“*

*„Wir haben hier keine aktive jugendkulturelle Gegenbewegung. Also irgendwelche alternativen Sachen oder so, das gibt es hier schlichtweg*

*nicht. Junge Menschen können sich hier überlegen, ob sie bei Drogen einsteigen oder in die rechte Szene. So fühlt sich das für mich an. [...] Es gibt ganz kleine Gruppen, die alternative Angebote machen, aber die sind wirklich so für sich. [...] Die möchten auch gerne etwas machen, um diese Toleranz, die wir leben, für andere zu öffnen. Aber die sind sehr unterm Radar...“*

Auch die engagierten Jugendlichen wünschten sich, dass seitens der Erwachsenen, insbesondere aus den Schulen manchmal mehr Unterstützung da wäre:

*„Ich glaube auch, dass einige Schulen davor die die Augen verschließen wollen. Einfach nicht sehen und wahrhaben wollen. Im Sinne von: Dann müssten wir uns ja, wenn wir das sehen oder wahrnehmen würden, damit beschäftigen. Dann wäre das ja noch ein Ding. [...] Zweitens ist in Thüringen auch, wie auch in vielen anderen Ländern, starker Lehrermangel. Und durch Corona noch mal mehr. Und dann so dieser ganze blöde Kreislauf, lieber den Unterricht durchprügeln als Gesellschaftsbildung. Und das ist hier wirklich sehr, sehr unterschiedlich. Es gibt hier Dorfschulen, die wollen gerade jetzt Gesellschaft, bildende Projekte, Angebote, Inszenierungen, dass man mit denen in Kontakt geht. Und es gibt welche, die wollen nur Schulstoff, Schulstoff, Schulstoff. Wir müssen die Kinder fitkriegen. [...] Wenn man z.T. schon alleine die Gebäude sieht und dann noch den Lehrermangel, wie willst du da noch lernen als junger Mensch oder Bock haben aufs Leben?“*

In den kleineren dörflichen Gemeinden ist die Situation oft ein wenig anders als im Städte-Dreieck. Einerseits gibt es weniger rechte Sticker oder Graffitis und der Zusammenhalt im Sinne eines guten Nachbarschaftsfriedens ist stärker. Gleichzeitig schilderten insbesondere Jugendliche, dass es für sie dadurch nochmal schwieriger ist, offen für Vielfalt oder Andersartigkeit einzustehen oder eine als links wahrgenommene Meinung zu äußern. Auch ergeben sich in einzelnen Dörfern gefährliche Situationen, indem Nachbarn der Reichsbürgerbewegung oder Prepper-Szene anhängen oder die Gründung „gallischer Dörfer“ im Ort diskutiert wurden. Selbst Militärcamps für Kinder wurden beschrieben. Insgesamt äußerten die Mehrzahl der Interviewpartner auch, dass sich die gesamtgesellschaftliche Lage in den letzten Jahren im Zuge der gesellschaftlichen Krisen wieder verschlechtert habe:

*„Seit 2015 hat sich die Lage auf jeden Fall verschlechtert. Die große Demo hier am 1. Mai vom III. Weg, [in SLF] war ein Punkt. Da haben die jungen Neonazis hier richtig Oberwasser bekommen, haben sich groß gefühlt und haben daraufhin angefangen hier immer mehr Aktionen zu starten. Sie sind natürlich auch auf Gegenwehr gestoßen, völlig klar. Aber das war schon ein Wendepunkt. [...] Das war schon so, dass ich nie Angst hatte, abends. Das hat sich nach dem 1. Mai verändert.“*

Die gesellschaftlichen Polarisierungseffekte und das gestiegene Protestniveau spiegeln sich ebenfalls in den Befragungen wider und werden dabei problematisiert. Dabei wird beschrieben, dass die Gesellschaftsstrukturen sehr weit auseinanderdriften. Verbunden mit dieser Beobachtung ist die Befürchtung, die aufgeheizte Lage könne tatsächlich in öffentliche Gewalt umschlagen.

*„Man darf sie einfach nicht provozieren. [...] Mein Empfinden ist, es braucht nur vielleicht jetzt noch einen Winter, noch höhere Preise, noch*

*ein paar Öko-Reformen und die Leute gehen wirklich steil, sodass mein Gefühl, dass es gar nicht so viel braucht, um wirklich zu Taten überzugehen. [...] Da ist so eine große Frustration auch und so eine große Enttäuschung.“*

Aus der Gesamtschau der Interviews zum gesellschaftlichen Umfeld der rechten Szene im LK Saalfeld-Rudolstadt ergibt sich, dass der Landkreis einen gesellschaftlichen Resonanzraum bietet, in welchem sich extrem rechte Strukturen und Symbole stabil etablieren konnten, ein diffuses Gewaltpotenzial mit Verschlechterungstendenzen wahrgenommen wird und Engagierte gefühlt oft allein dastehen.

## Demokratische Zivilgesellschaft | Akteure und Vernetzung

Vor diesem Hintergrund gilt es zu prüfen, wie die zivilgesellschaftlich Aktiven aufgestellt sind. Um Resilienz im Umgang mit möglichen Bedrohungslagen zu fördern wäre eine aktive, motivierte und gut vernetzte Zivilgesellschaft förderlich. Somit können Wissen und Erfahrungen geteilt, Ressourcen gebündelt und durch Arbeitsteilung Entlastungen geschaffen werden.

### Perspektive der Jugendlichen

Aus Sicht der Jugendlichen ist ein Engagement oftmals zuerst mit Skepsis und Argwohn besetzt. Gerade in sehr ländlichen Regionen „hat man keine Lust sich zu exponieren“. Manchmal existiert dort auch Angst, denn es sind auf dem Dorf kaum Akteure wie das Jugendforum präsent, die den Jugendlichen den Rücken stärken. Um Problemen aus dem Weg zu gehen, fährt man dann weg, um sich politisch zu positionieren.

Grundsätzlich ist aus Sicht der jungen Menschen die demokratische Zivilgesellschaft in Saalfeld besser aufgestellt als in den anderen beiden Städten. In Rudolstadt sehen die Jugendlichen vergleichsweise schlechtere Voraussetzungen für ein Engagement. Sie verwiesen auf Demonstrationen der Neuen Stärke, bei denen sie als Gegendemonstranten als Störer gelabelt worden seien und auf die Präsenz rechter Symbole oder Hitlergrüße unter Jugendlichen, die dort regelmäßig vorkommen. Das Problem ist der Zugang:

*„Man kommt kaum rein und man müsste es auch öffnen für Kinder und Jugendliche von AfD-Elternhäusern. Dann können alle voneinander lernen.“*

*„Positiv ist, es gibt Leute, die das nicht mitmachen wollen, die das Problem sehen und Aktionen auf die Beine stellen. [...] Früher war ich oft im Jugendtreff, in der Station. Aber jetzt ist das nur noch in klein und dann noch neben dem Tuchmacherhaus – es fehlt einfach an Räumen.“*

Das Engagement geht also primär von einer kleinen Kerngruppe aus. Herausforderungen bestehen hinsichtlich eines breiten gesellschaftlichen Engagements für Demokratie und einer klaren Positionierung über die verschiedenen Altersgruppen gegen Rechtsextremismus. Diese Positionierung sollte – so mehrere Jugendliche – eben nicht entlang der klassischen Pole von links vs. rechts geschehen, sondern das gemeinsame demokratische und gesellschaftliche Engagement einer breiten Gesellschaft ermöglichen. Dies sei für diesen Bericht nochmals besonders betont, weil ein solches antiextremistisches Engagement gerade im Jugendbereich oft zu rasch als linksextrem gelabelt wird.

### Perspektive der Multiplikatoren

Aus Sicht der Menschen, die direkt mit den Jugendlichen Arbeiten, gibt es viel Engagement im Landkreis, welches auf Ebene der einzelnen Städte auch gut miteinander vernetzt ist. Gerade für Saalfeld wird die Situation als sehr positiv beschrieben.

*„Ich würde zumindest sagen, dass meine Wahrnehmung von SLF in den letzten 10, 15 Jahren ist schon so als eine sehr engagierte Stadt. Zumindest ein kleiner Teil der Bevölkerung, logischerweise. [...] Die Schnittstellen sind überall da, in die Stadtverwaltung, zwischen den Jugendhäusern, man spricht sich ab, bekommt Problemlagen mit, kann darauf auch reagieren. Da weiß ich nicht, wie es in den anderen Städten läuft, ob die auch in der Jugendarbeit Treffen untereinander und mit der Stadtverwaltung haben. Zumindest hier wird sich bei aufkommenden Themen beraten, wie wir damit umgehen. Engagement habe ich immer als positiv wahrgenommen, positiver als in anderen Regionen hier in Thüringen.“*

In dieser Vernetzung liegt eindeutig eine wertvolle Ressource für den Landkreis. Einerseits wird klar, welche wichtige Vernetzungsfunktion die lokale Fachstelle der Pfd und die Jugendpfleger:innen in dem Bereich erfüllen. Andererseits stellt sich durchaus die Herausforderung, das Engagement in verschiedenen Themenfeldern, über verschiedene Altersgruppen und zwischen den einzelnen Orten noch stärker zu verknüpfen. Die Befragten in anderen Orten und im ländlichen Umfeld des Landkreises verwiesen darauf, dass zu viele Aktivitäten allein von Saalfeld ausgingen und man sich stärker vor Ort verbünden müsste, um auch dort etablierte und robuste Strukturen zu schaffen, die den jungen Menschen demokratische Angebote machen und den Engagierten den Rücken stärken.

Die umgebenden Dorf- und Stadtgemeinschaften werden oft als recht unpolitisch wahrgenommen. „Man will primär, dass alles ruhig bleibt“, zu viel Engagement störe da nur. Auch sind die Unterstützungsstrukturen stark hauptamtlich geprägt und weniger zusätzlich von ehrenamtlichen Engagement getragen.

Auch auf Landkreisebene besteht durchaus ein Wunsch nach mehr Vernetzung. Gerade weil persistierende extremistische Strukturen im Landkreis bestehen, ist es wichtig, dass sich die Akteure der Jugendarbeit kontinuierlich austauschen und auf passende Unterstützungsangebote ihres professionellen Tuns zurückgreifen können.

*„Man kann das nicht mehr vergleichen mit den 90er Jahren. Man muss mit anderen Ansätzen arbeiten. Da wäre es schon wertvoll zu wissen, wo es ein ähnliches Problem mit einer ähnlichen Struktur, also mit dieser ländlichen Struktur wie hier.“*

### Perspektive der Verwaltung

Aus Sicht der Verwaltung existiert im Landkreis bereits ein großes Potpourri an freien Trägern und staatlichen Stellen und Angeboten zur Stärkung jugendlichen Engagements und zur Bereitstellung von Unterstützung, welches u.a. den schulischen Kontext und Schulsozialarbeit, die Jugendarbeit und den Jugendschutz abdecken. Die Netzwerkpartner kennen entsprechend der Einschätzung der Verwaltung die jeweiligen Angebote gut; die Werbung für Angebote z.B. über die Jugendberufsagentur und die Partnerschaft für Demokratie sowie über schulische Kontexte funktioniert. Für den in Kapitel 3 geschilderten Aspekt der besonderen Rolle von Alkohol und Drogen im Kontext von Übergriffen beschreibt die Bedarfsanalyse Suchtprävention:



*„Es gibt Netzwerke und Arbeitskreise im Landkreis Saalfeld Rudolstadt, in denen ein regelmäßiger Fachaustausch stattfindet. In allen Bereichen wird fachlicher Input weitergegeben und Präventionsarbeit gemeinsam geplant und umgesetzt. In Zusammentreffen werden gemeinsame Handlungsempfehlungen entwickelt und verbessert und an Bedarfen orientierte Projekte und Maßnahmen ins Leben gerufen und verstetigt. Dabei bleibt jeder Netzwerk- und Kooperationspartner autonom in seinem Wirken. Auf diese Weise werden Ressourcen gebündelt und Anforderungen zusammen bewältigt. Wie eingangs beschrieben, erweist sich die Struktur in den bestehenden Netzwerken und Arbeitskreisen als sehr funktional, das große Netzwerk Sucht kann in diesem Kontext als Richtungsgeber und Unterstützer gesehen werden.“ (Kaulfuss 2021, Bedarfsanalyse Suchtprävention: 28)*

Die Frage ist – so die Perspektive der Verwaltung - jedoch, inwieweit Jugendliche bereit sind, solche Angebote auch anzunehmen. Das Problem liegt vor allem im Bereich der Beziehungsarbeit, damit sich Betroffene gegebenenfalls auch trauen zu sprechen. Nur dann kann staatlicherseits zusätzliche Unterstützung für Jugendliche aktiviert werden. Sollte eine Unterstützung der Fachkräfte notwendig sein, so kann diese im Amt angefragt werden.

In der Gesamtschau zeigt sich also eine auf Ebene der Multiplikator:innen gut vernetzte Zivilgesellschaft, mit Saalfeld als Gegenpol gegen extremistische Bestrebungen und vielen Lücken im ländlichen Raum. Dass die Vernetzungsstrukturen hauptsächlich über einige wenige Hauptamtliche laufen, erleichtert zwar den Wissenstransfer und vermag persönlichen Vertrauensaufbau zu schaffen, macht die zivilgesellschaftlichen Strukturen aber tendenziell verwundbar, falls es einmal zu Personalwechseln kommen sollte.

Problematisch ist, dass die Jugendlichen viel stärker als Erwachsene betonen, es gäbe zu wenig Räume und Möglichkeiten sich im Landkreis zu engagieren und dass sie sich alleingelassen fühlen. Die Sozialisation zu einem Einsatz für das Gemeinwesen und das Verhältnis zu Politik, Demokratie und Gesellschaft wird im Jugendalter entscheidend geprägt. Gerade weil es nach wie vor extrem rechte Alternativangebote gibt, die aktiv um Jugendliche werben, wäre es für die Radikalisierungsprävention zentral, mehr verfügbare demokratische Lernorte für jugendliches Engagement zu haben.

## Übergriffe, Anfeindungen und Bedrohungen

Die Teilnahme des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt am Projekt „Zivilgesellschaft stärken und schützen“ entstand vor dem Hintergrund, dass junge Menschen ihren Betreuern der Jugendarbeit zunehmend über Übergriffe und Bedrohungsgefühle berichteten. Dabei war relativ schnell offensichtlich, dass diese Berichte bislang kaum an die zuständigen staatlichen Institutionen herangetragen worden waren und sich ein Widerspruch zwischen offiziellen Daten und zum Teil sehr drastischen Erlebnisberichten auftat. Die Betroffenen und Expert:innen haben in Gesprächen von zahlreichen Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffen berichtet. Die Konstanz, Intensität und Aggressivität der geschilderten Einschüchterungsversuche gegenüber jungen Engagierten in der Region liegen – auch im bundesweiten Vergleich mit anderen Regionen/Partnerschaften für Demokratie – auf einem hohen Niveau.

In einer qualitativen Interviewbefragung lässt sich das Dunkelfeld jedoch nicht systematisch aufhellen. Was sich zeigen lässt, ist die Wahrnehmung der Bedrohungssituation bei den Engagierten.



gierten und Multiplikator:innen. Neben den individuellen Auswirkungen für die direkt Betroffenen, erzeugen die Übergriffe und Einschüchterungsversuche ein Klima der stetigen unterschwelligen Bedrohung für alle Personen, die sich öffentlich für Demokratie und Menschenrechte engagieren und sich aktiv gegen Rechtsextreme stellen. Die Wahrnehmung von Angsträumen und Bedrohungsszenarien prägt somit das gesellschaftliche Miteinander - es wird sich darüber ausgetauscht, es prägt die Entscheidung für oder gegen ein Engagement und gerade bei jungen Erwachsenen oft auch für oder gegen einen Wegzug aus dem Landkreis. Es ist standardmäßig Teil sowohl pädagogischer als auch polizeilicher Präventionsarbeit, ein solches fehlendes Sicherheitsgefühl ernstzunehmen und nach Lösungen zu suchen. Vor diesem Hintergrund eines vernetzten Ansatzes sollten die Beschreibungen eingeordnet werden.

Insgesamt lassen sich die Schilderungen fünf Phänomenbereichen zuordnen.

#### Anfeindungen und Übergriffe auf Institutionen

Es gibt Übergriffe auf Orte, an denen sich Jugendliche treffen und die als Freiräume für alternative Kultur und ein tolerantes Miteinander fungieren. Mitarbeitende schilderten, dass sie zum Teil Angst um ihre Büroräume haben und dass ihnen mal mehr, mal weniger subtile Grußbotschaften der rechten Szene in Form von Stickern und Graffitis hinterlassen werden. Insbesondere die Neue Stärke greift gezielt Orte von Jugendlichen und Mitarbeitende im Jugendbereich an, um diese mit martialischem und aggressiven Auftreten einzuschüchtern.

*„In unregelmäßigen Abständen fliegen hier Steine oder eine Flasche ins Fenster. Meistens geht aber nur die äußere Scheibe kaputt.“*

*„Das war tatsächlich so, dass wir angefeindet werden. Also wir kriegen, wirklich viele Briefe. Wir haben manchmal was vorm Haus, das kriegt ich dann mit.“*

*„Es gab es, dass Nazis mit vollbesetzten Autos immer rumgefahren sind und Welle gemacht haben. Hier und da mal Nazi-Aufkleber an die Scheibe, irgendwann eine eingeworfene Scheibe. Dann halt auch Übergriffe auf Jugendliche, auch Jugendliche hier aus dem Haus.“*

#### Anfeindungen und Übergriffe auf Personen

Jugendliche schilderten in den Gesprächsrunden, dass sie in unregelmäßigen Abständen von rechten Akteuren bedroht werden. Diese Angriffe sehen sehr unterschiedlich aus und nicht alle Jugendliche hatten solche Erfahrungen gemacht. Die besonders aktiven und langjährig Engagierten berichteten ausnahmslos von Übergriffen. Einerseits gibt es verbale Angriffe in Form von Beleidigungen und Pöbeleien, aber auch Anspucken bis zu Gewaltandrohungen werden geschildert. Mehrfach sagten die Befragten aus, dass sie in Situationen gejagt wurden oder weglaufen mussten. Eine Jugendarbeiterin dazu

*„Durch den Jugendclub, mit dem ich arbeite, höre ich aber schon so Geschichten, was in der Schule passiert oder dass mal jemand gejagt wird. Oder dass es doch mal Jugendliche gibt, die nicht am Bahnhof hier aussteigen, sondern lieber an einen anderen Bahnhof nehmen, weil sie halt wissen, da warten gerade Leute oder oder..... Das kriegt man halt sehr stark mit.“*

Diese Bedrohungssituationen entzündeten sich beispielsweise daran, dass junge Menschen mit einer Regenbogenflagge in der Stadt unterwegs waren oder als LGBTQI erkennbar wurden. Auch migrantisch gelesene Personen sind gefährdet. Eine junge Frau schilderte, dass ihr auf

dem Weg vom Bahnhof zum Jugendclub aus einer Gruppe junger Männer heraus mit Vergewaltigung gedroht wurde. Eine andere Jugendgruppe wurde in Rudolstadt angepöbelt und mit Steinen beworfen. Aufgrund der kleinstädtischen und ländlichen Strukturen fällt es Engagierten schwer anonym zu bleiben. Daher entstehen so relativ leicht Situationen, in denen sie zur Zielscheibe werden.

*„Es wird nach Bekannten gefragt, die sich engagieren, einzelne Jugendliche werden ausgespäht, Jugendliche spähen andere Jugendliche aus – ich habe das Gefühl, die Nazis haben Augen und Ohren überall.“*

Für die Betroffenen belastend ist, dass nie klar ist, ob es bei Sprüchen und Pöbeleien bleiben wird oder ob dies nicht in Gewalt umschlägt. Neben dem bereits erwähnten Übergriff im Jugend- und Stadtteilzentrum Saalfeld Gorndorf 2016 sind auch jüngere Vorfälle sehr präsent, z.B.:

*„Da war im Frühjahr der Überfall aufs Betonwerk, da wurden die Leute krankenhausaufreißend geprügelt.“*

*„Es gibt auf jeden Fall eine Bedrohung durch Nazis, die auch von außen anreisen, aus dem Jungsturm Erfurt, solche Leute wie Tobias K., Felix R. Ich habe das Gefühl, die können uns jederzeit angreifen.“*

Dadurch dass rechtsextreme Gruppierungen häufig in Kampfsporttechniken trainiert und z.T. bewaffnet sind, besteht in diesem Feld eine bedrohliche Asymmetrie gerade bei Jugendlichen, die sich teilweise nicht trauen, Hilfesysteme und polizeiliche Unterstützung zu nutzen.

#### Öffentliche Räume und Parks

In den Interviews zeigen sich einzelne Schwerpunkte, über welche Jugendliche und Betreuer übereinstimmend berichten, dass dort recht regelmäßig bedrohliche Situationen entstehen. Diese Schwerpunkte sind z.B. in Rudolstadt im Heine-Park, am Platz der Opfer des Faschismus, nahe des Tuchmacher-Hauses sowie an den Bahnhöfen des Städtedreiecks. In diesem öffentlichen Raum begegnen die Engagierten Hitlergrüßen und verfassungsfeindlichen Parolen, es gibt - so die Jugendlichen - „ständig Stress und Gewalt“ und die Gruppen wirken schon deshalb bedrohlich, weil sie oft alkoholisiert und am Abend im Dunkeln unterwegs sind.

*„14 Tage später gab es eine Anzeige wegen Schreiens verfassungsfeindlicher Parolen von genau der Jugendgruppe im Stadtpark. [...] Das ist eine Jugendgruppe, ungefähr mit 20 bis 30 Leuten. Die ist aber nicht homogen. Es sind auch immer Migrantinnen mit dabei. [...] Dadurch, dass es immer so ein großer Pulk von jungen Menschen ist, ist das natürlich ein Raum, den manche Leute dann nicht mehr gerne betreten.“*

*„Die sind am Tuchmacherhaus losgezogen und haben besoffen Wehrmachtslieder gesungen.“*

Der Gesprächspartner der Polizei bestätigt die geschilderten Hotspots, sieht abgesehen davon aber aktuell keine besonderen Auffälligkeiten und nimmt anders als in früheren Jahren keine wesentlichen Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Jugendgruppen im Landkreis wahr. Allerdings verstehen sich die engagierten Jugendlichen meist nicht dezidiert als „links“. Wenn sich Hotspots abzeichnen, vermögen die Vertreter der inneren Sicherheit sehr wohl, mit Maßnahmen zu reagieren, beispielsweise verstärkten Präventivstreifen und Zivilstreifen. Jedoch muss hierfür ein ausreichender Anhaltspunkt und entsprechende Meldungen vorliegen, was, wie sich noch zeigen wird, nicht immer der Fall ist.

Aufmerksamkeit sollten die Schilderungen der befragten Jugendlichen wecken, dass rechts-extreme Akteure gezielt Alkohol und Drogen nutzen, um junge Menschen an sich zu binden. Zwar liegen in der Landkreisverwaltung im Bereich der Suchtprävention und des Jugendschutzes keine Informationen darüber vor, dass der Phänomenbereich Alkohol und BTM-Missbrauch in Verbindung mit der rechtsextremen Szene steht und auch keine Auffälligkeiten in Bezug auf Minderjährige mit verfassungswidrigen Zeichen bekannt sind. In den Interviews mit den Jugendlichen wurde jedoch unabhängig voneinander zu unterschiedlichen Zeitpunkten darauf verwiesen, dass ältere Männer aus dem extrem rechten Umfeld über Alkohol in Jugendgruppen Nachwuchs rekrutieren. Die Befragten reflektieren dabei auch selbst, dass Jugendgruppen abends in Parks beim Konsum dann zu Auseinandersetzungen neigen und dass dies zum Teil auch darin wurzelt, dass es wenige Angebote zur sinnvollen Freizeitgestaltung in der Region gibt.

#### Demonstrationsgeschehen

Aus Sicht der Engagierten wurde viel Unverständnis gegenüber Versammlungssituationen im Landkreis geäußert. Aus Sicht der Jugendlichen nahmen die Auseinandersetzungen vor allem im Laufe des Jahres 2021 zu, indem die Montagsdemonstrationen zu den Coronamaßnahmen zunehmend als bedrohlicher Block erschienen und von Rechtsextremen unterwandert wurden. Auch schilderten die Befragte, dass rechtsorientierte Jugendliche vermehrt in die Stadt kamen, weil deren Eltern an montäglichen Demonstrationen teilnahmen und dann in der Innenstadt oder in Einkaufszentren die Konfrontation suchten.

Herausfordernd sind angesichts des gesellschaftlichen Umfeldes Aktivitäten, in denen sich Engagierte den Versammlungen entgegenstellen. Verbunden mit dem bereits beschriebenen Problem, dass Engagierte sich oft sehr exponieren, wäre hier zu nennen, dass zivilgesellschaftliche Akteure im Kontext von Demonstrationen von Rechten abgefilmt wurden und sich zu wenig geschützt fühlten. Auch hier spielt der Faktor kleinräumiger Städte wieder eine wichtige Rolle in der Entstehung der Gefährdungslagen.

Grundsätzlich ist allen Akteur:innen vor Ort bewusst, dass Situationen und Orte, an denen sich Menschen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und gegen Rassismus und Rechtsextremismus positionieren potentielle Angriffsziele für die rechtsextreme Szene sind. Rechtsextreme Demonstrationen der Neuen Stärke am 11.6.2022 und Mitte August 2022 erregten besonders viel Unmut und wirken stark bedrohlich, denn aus Sicht der Engagierten entstehen im Umfeld solcher Versammlungen klar No-Go-Areas in der Stadt.

*„Es gab ja diesen Nazi, der jetzt gerade gestoben ist. Wo man sich auch fragt, wie kann sowas sein. Und ich habe so viele Leute gehört, und die sind nicht politisch, die gemeint haben, das erinnert sie so stark an den Rudolf-Hess-Gedenkmarsch, weil sie den noch miterlebt haben. Und die haben so gemeint, das kann doch nicht wahr sein, dass jetzt hier Leute mit Fackeln laufen. Aber auch da, es gibt für meine Begriffe einfach einen viel zu geringen Aufschrei in der Zivilgesellschaft, das sowas nicht klar geht, dass man darauf keinen Bock hat, die so eine präsenste Route durch die Stadt laufen lassen. Die haben eine Bundesstraße für die gesperrt. Wo man sich so denkt, Wieso? Weil da einer gestorben ist, also was ist daran bitte auch politisch? Niemand hat's verstanden, also warum bitte rechtfertigt man das?“*

Hierbei stößt die Situation dann auch an die Grenzen staatlichen Handelns. Denn auch wenn es vor Versammlungslagen eine Gefährdungsbewertung gibt, diese staatschutzmäßig durchleuchtet, die Anmelder geprüft und dementsprechende Maßnahmen polizeilich umgesetzt werden geht es in der Kritik weniger um einzelne Ereignisse bei einer solchen Demonstration, sondern vielmehr um das allgemeine öffentliche Signal, welches damit verbunden ist.

#### Rechte Raumergreifung und Normalisierung

Das aus Sicht der Engagierten fatale ist, dass Politik und Gesellschaft rechte Raumergreifungsstrategien hinnehmen und dem zu wenig entgegensetzen. Dies umfasst Hitlergrüße, die laut Aussage der Befragten in manchen Kreisen in aller Öffentlichkeit als Standard-Grußformel fungieren, rechtsextreme Musik, Sticker und Schmierereien. Teilweise gaben die Jugendlichen zum letzten Punkt an, hier gegenzuhalten und eigene Sticker zu kleben oder rechtsextreme Symbolik abzukratzen. Sie äußerten Unverständnis, weshalb staatlicherseits zu langsam auf Raumergreifung durch Symbolik reagiert wird. Im gleichen Zusammenhang entsteht ein subtiles und diffuses Bedrohungspotenzial durch die Normalisierung und die fehlende Sanktionierung rechter Strukturen in ihrem Umfeld. Mehrfach verwiesen die Jugendlichen auf den Fall eines Lehrers, der über längere Zeit aktiv für die AfD in seiner Schülerschaft geworben hatte und wo erst spät Konsequenzen gezogen wurden.

## Umgang mit Übergriffen und bestehende Unterstützungsstrukturen

In den Gesprächen haben die Interviewpartner beschrieben, wie sich die Bedrohungen und die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Umfeldes auf ihr Verhalten und psychisches Wohlbefinden auswirken. Deutlich wird, dass die Präsenz extrem rechter Akteure und die Übergriffe bei vielen der Betroffenen viel Angst um sich und ihr Umfeld auslösen, angesichts des Gefühls allein dazustehen frustrieren und teilweise zu individuellen Verhaltensanpassungen führen. Oft schwingt hier auch eine gewisse Ambivalenz mit, weil sich die Befragten unsicher darüber sind, inwieweit die eigene Gefahreinschätzung und das Bedrohungsempfinden gerechtfertigt sind.

*„Es gibt trotzdem Situationen, da fühlt man sich irgendwie unwohl bis hin zu Situationen, ich kann jetzt nicht hundertprozentig sagen, ob das jetzt eine Bedrohungen war auf mich und meine Arbeit bezogen oder ob das jetzt ein Zufall war. Ich hatte mal eine Drohne vor meinem Fenster, also vor meiner Privatwohnung. Es gab oft Situationen, dass ich komische Situationen hatte mit Autos, die so vorbeifahren und das Fenster runtergelassen und deutlich aggressiv Blickkontakt gesucht wurde.“*

Gleichzeitig versuchen die Gesprächspartner:innen mehrheitlich dem Bedrohungsgefühl nicht zu viel Raum zu geben.

*„Ich habe trotzdem auch immer Angst. Ich frag mich auch trotzdem immer, wie weit kann ich gehen? Weil das ist klar, ich bin hier total erreichbar. [...] Ja, es sind immer wieder wie so Phasen, die ich durchlebe, wenn ich was Neues mache, dass ich so tief durchatmen muss und das für mich ganz klar klären und so eine innere Stärke finden, um dann den nächsten Schritt zu machen. Es fing schon an, mit der Website meine Adresse freizugeben. Klar habe ich dann aber gedacht, früher oder später weiß es sowieso jeder, dass ich hier wohne. Also das weiß man dann einfach. Also kann ich es eigentlich auch freigeben.“*

Einige Unternehmen ganz konkrete Maßnahmen zum eigenen Schutz und üben z.B. einen Kampfsport aus.

Die gegenseitige Solidarisierung und Unterstützung im Freundes-, Familie- und Bekanntenkreis gibt den Betroffenen Halt. Gerade unter den jüngeren Betroffenen erzählen jedoch nicht alle den eigenen Eltern von der Situation, teilweise weil sie denken, dass ihnen nicht geglaubt würde, teils, weil sie die Eltern nicht mit Sorgen belasten wollen. Eine wichtige Rolle spielen daher die Multiplikatoren der Jugendarbeit und Vertrauenspersonen. In diesem Sinne ist es positiv, dass die Gesprächspartner im Landkreis signalisierten, dass seit 1. Oktober mit Mob'16 zusätzliche Angebote im Bereich Streetworking für besondere Brennpunkte geschaffen werden.

Die befragten Multiplikator:innen versuchen gezielt ihre Klienten im Umgang mit Bedrohungen zu stärken, jedoch ohne ausgefeilte Schutzkonzepte zu haben.

*„Wir beschäftigen uns im Jugendclub schon sehr mit dem Thema. Einfach weil wir sehr divers sind und wirklich einen sehr breit gefächerten Jugendclub haben. Sei es jetzt über geistige Behinderung, zu queeren Jugendlichen bis hin zu allem Möglichen. Und weil wir schon einfach drüber reden. Oder sagen: Meldet euch, wenn was ist oder guckt dahin, sagt Bescheid, wenn ihr irgendwo unterwegs seid! Und haltet euch zusammen, pöbelt vielleicht nicht zurück! So was halt. Das sind aber so die unter-schwelliges Basics, sag ich mal jetzt, nichts Spezielles.“*

Für die Bewältigung von Vorfällen und die Entwicklung individueller und gemeinschaftlicher Handlungsstrategien, spielen die professionellen Unterstützungsstrukturen ebenfalls eine wichtige Rolle. Viele Gesprächspartner:innen wurden durch die Betroffenenberatung Ezra und/oder die Vertreter der Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie unterstützt. Auch wird gezielt nach zusätzlicher Unterstützung gesucht.

*„Wir haben immer mal von Mobit gesprochen. Dass es das gibt und dass man da auch noch mal gucken könnte. [...] Ich war neulich auch in Erfurt und hab da noch Kontakte gekriegt zur Präventionsarbeit. So Vereine, die wirklich kostenlos in die Schulen gehen zu dem Thema. Und sagen: Wie verhalte ich mich und was mache ich? Oder Was ist Rassismus? Wo fängt das an, wo hört es auf? Da will ich im nächsten Schuljahr mal gucken, wo ich was machen kann mit denen. Vielleicht, weil die auch ganz viele gute Angebote haben. Aber das wird dann erst im Herbst sein.“*

Im schulischen Bereich schwankt die Einschätzung. Einige Jugendliche lobten engagierte Lehrer, andere sehen den schulischen Bereich als Teil des Problems.

## Zusammenarbeit mit der Polizei und deren Wahrnehmung

Zentral für kommunale Schutzkonzepte ist, dass nicht nur Hilfesysteme zur Verfügung stehen, wenn es bereits zu Bedrohungen kommt, sondern dass parallel solche Bedrohungslagen gegenüber Engagierten gar nicht erst entstehen können. Hierfür ist es unabdingbar, dass eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei stattfindet, insbesondere im Bereich der Prävention. Im Gespräch im Rahmen des Projektes wurde die Offenheit der örtlichen Polizei für eine Zusammenarbeit deutlich. So betonte der polizeiliche Gesprächspartner, dass Vernetzungsrunden mit Landkreisverwaltung und betroffener Zivilgesellschaft in den Feldern häusliche Gewalt und

Suchtprävention bereits gut funktionieren und es jederzeit möglich wäre, auch zu anderen Themen in kurzer Zeit zu einer vernetzten Zusammenarbeit zu finden. Die Jugendsozialarbeit könnte in gewissem Rahmen als Schaltstelle fungieren, Informationen zu Bedrohungslagen weitergeben und damit die Angst bei jugendlichen Betroffenen nehmen, gleich zur Polizei gehen zu müssen.

Denn diejenigen Befragten, welche bereits Anzeigen erstattet hatten, äußerten, dass der Umgang mit Polizeibeamten oft schwierig sei. Zwar würde manchmal die Situation aufgenommen und wären die angezeigten Personen teilweise auch schon bekannt; manchmal erlebten die Anzeigenden aber auch Unverständnis gerade für Jugendphänomene. Daraufhin würde zukünftig auf Anzeigen verzichtet. Die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der Polizei hängen daher stark von Erfahrungen mit den jeweiligen Polizeibeamten ab. Ein queerer Befragter schilderte, dass er Täter-Opfer-Umkehr erlebte und das Gefühl vermittelt bekommen hatte, dass er mit seinem auffälligeren Auftreten in der Öffentlichkeit doch selbst schuld sei. Ein anderer Jugendlicher:

*„Ich war zur Aussage bei der Polizei. Die waren irgendwie rüpelhaft und grob. Sie wollten helfen aber wussten dann nicht was ein Emo ist, sie waren sehr unbeholfen.“*

Immer wieder ließ sich in den Interviews feststellen, dass Betroffene von einer Anzeige absehen, da ihnen das Vertrauen in die Polizei fehle und sie sich nicht sicher sind, dass die eigenen Daten bei der Polizei gut aufgehoben wären. D.h. Menschen haben Angst, dass ihre Daten an Nazis weitergegeben werden, wenn sie einen Angriff auf sich selbst zur Anzeige bringen. Negativerfahrungen von Personalienfeststellungen und Taschenkontrollen oder dem bereits geschilderten Versammlungsgeschehen werden zum Kristallisationspunkt für Misstrauen und Vorbehalte, welche sich auf Anzeigenverhalten auswirkt.

Auch wenn von Seite der Polizei auf Schutzmöglichkeiten verwiesen wird, die Anonymität zu sichern, so verwiesen jene Engagierte im Landkreis, die staatliche Reaktionen seit Jahren monitoren darauf, dass die Nutzung einer alternativen ladungsfähigen Anschrift in der Praxis oftmals doch nicht funktioniert oder ein Schutz staatsanwaltschaftlich verweigert werde. Die Akteure sind sich unsicher, inwieweit eine Kooperation mit der Polizei sinnvoll scheint.

Eine Jugendarbeiterin reflektiert die Ambivalenzen innerhalb des Sicherheitsapparats so:

*„Es gibt ja mehrere Spaltungen, das ist ja keine symmetrische Geschichte, auch da gibt es Lager und gibt es das genau so, dass da auch drunter und drüber geht. Ich habe hier racial profiling erlebt, ich weiß aber auch um diesem Strukturabbau. Also irgendjemand meinte das es nur zwei Polizisten in Rudolstadt gibt, die dauerhaft im Einsatz sind. [...] Es ist für mich keine wirkliche Möglichkeit, auf die ich jetzt zurückgreifen würde in Gedanken. Normalerweise ja, eigentlich schon, aber so weiß ich nicht, weil man ja weiß auch um die rechten Strukturen in der Polizei. Da habe ich eher auch ein Misstrauen denen gegenüber.“*

Im Gespräch wurde vom Vertreter der Polizei betont, „die beste Prävention ist die Repression“. Die vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass im Landkreis immer dann, wenn gezielt und massiv Maßnahmen gegen extremistische Strukturen durchgeführt wurden und in Folge Täter verhaftet werden konnten, Ruhe in die Lage kam.

Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, nach Lösungen zu suchen, die es ermöglichen, Anzeigenerstattung auszubauen, Zeugen effektiv zu schützen und extremistische Strukturen zu zerschlagen. Ggf. lassen sich durch engmaschige Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure auch Interventionsmöglichkeiten abseits der Anzeige konzipieren.



## Politik und Verwaltung: Kooperation und Konflikte

Solche Interventionsmöglichkeiten umfassen zwingend neben zivilgesellschaftlichen Akteuren und Polizei auch die Ebene der Verwaltung. Die innerhalb der Verwaltung bereits koordinierten Netzwerke werden als wertvoll gesehen, es wird jedoch auch klar, dass innerhalb der Akteure des Jugendbereichs aktuell um eine gemeinsame Wahrnehmung der Situation gerungen wird. Dies wiederum bedeutet, dass mangels geteilter Problemwahrnehmung auch kein koordiniertes Handeln für den beschriebenen Bereich existiert. Dies zeigte sich auch in den Interviews, dass die geschilderten Phänomene vor allem dort besprochen werden, wo direkt mit den Jugendlichen gearbeitet wird, auf Ebene des Landkreises oder bei der Polizei jedoch bisher nicht als Schwerpunkt wahrgenommen werden.

Seitens der Jugendlichen und einiger der Multiplikator:innen ließ sich daher eine erhebliche Frustration erkennen, dass sie mit dem Bedrohungsempfinden alleingelassen und ignoriert werden. Die Befragten äußern die Kritik, dass die Verwaltung zu träge und nicht kreativ genug in Auseinandersetzung mit rechten Herausforderungen, somit nicht ausreichend prodemokratisch agiere.

*„Im Landkreis ist der Austausch eher schlecht, da gibt es noch Ängste vor Imageschaden, wenn man sich dem Thema zu sehr widmet. Die Vernetzung innerhalb Stadt ist allerdings gut, es gab auch mal eine Runde mit dem OB.“*

*„Ich war auch neulich beim landkreisweiten Netzwerktreffen für die Sozialarbeiter. Und da war das auch nochmal starkes Thema. Wo wir sehr versucht haben, dafür zu sensibilisieren.“*

Um auf gesamtgesellschaftlicher Ebene an den Bedrohungen und deren Ursachen zu arbeiten, verlangen die Befragten vor allem nach klarerer Positionierung von Politik und Verwaltung. Dies bezieht sich allerdings mehrheitlich nicht auf den Landkreis, sondern eher auf die politische Ebene einzelner Städte. Hier wird sich – mit Ausnahme Saalfelds – von den Gemeinden gewünscht, dass der politische Wille stärker erkennbar ist, rechtsextremen Strukturen in der Region die Stirn zu bieten. Aus Sicht der Befragten überwiegt allzu oft die Furcht vor einer offensiveren Auseinandersetzung.

*„Eigentlich müsste mal ein ZDF-Team herkommen. Man müsste mal erzählen, was vor Ort passiert. Es wird Zeit, den Stadtrat vor den Kopf zu stoßen, damit die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Wenn das jemand anspricht, wollen sie das nicht behandeln, weil es dem Tourismus schadet und dem Ansehen der Stadt.“*

Insbesondere Rudolstadt steht in der Kritik

*„Bei der Politik heißt es ja immer: Wir sind ja so weltoffen, wir haben das Tanzfest. Wir haben ja kein Problem! Oder: Das Problem ist nicht größer als in anderen Städten. Das wird dann immer gesagt, wo ich mir sage: Selbst wenn es nicht größer ist, vielleicht reicht es auch aus, was wir haben.“*

Neben der Positionierung wurde von der Politik und Verwaltung ein Ausbau der Demokratiebildung und mehr Angebote für Jugendliche im Landkreis gefordert, um stärker präventiv zu wirken. Exemplarisch schildert dies ein Jugendarbeiter:



*„Ich finde, man müsste viel mehr in die Schulen gehen und präventiv eingreifen. Einfach einerseits fragen: Was ist Rassismus? Aber auch was ist Demokratie und was ist Meinungsvielfalt? Und wo hört Meinungsfreiheit auf? Wo beginnt sie? Wie kommuniziere ich auch? Wie führe ich einen Dialog und ein Streitgespräch? Da fängt es schon an, gerade auch in politischen Debatten. Du darfst da anderer Meinung sein, aber gewisse Äußerungen sind unangebracht. Oder wenn es dann auch ins Körperliche oder weiter geht. [...] Ich finde es muss vielmehr in die Schulen gehen, aber generell haben hier Jugendliche in der Stadt kaum Platz für sich. [...] Deswegen probiere ich wirklich den Jugendclub zu gestalten im Sinne von: Es ist erst mal jeder willkommen! Jeder ist willkommen und wir gehen auch mit solchen Sachen in die Debatte. Aber ich bin nur eine Person. Und es bräuchte halt viel mehr Jugendclubs, wo auch so ein Rückzugsraum ist. Es gibt ja ein paar Sozialhäuser und Jugendhäuser und und und. Aber ich meine, warum treffen sich die Jugendlichen am Bahnhof zum Trinken oder im Park zum Trinken? Weil sie hier einfach keinen Ort haben, wo sie nach der Schule sein können oder weil sich auch niemand interessiert.“*

In der Gesamtschau sind die Voraussetzungen für einen vernetzten Ansatz im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt bereits gelegt. Angesichts der deutlichen Warnsignale aus dem Jugendbereich, dass Bedrohungspotenziale vorliegen, wäre es notwendig, dass sich die lokalen Akteure zeitnah zusammensetzen, über diesen Bericht hinausgehend Informationen für ein umfassendes Lagebild sammeln, es bewerten und entsprechend Maßnahmen entscheiden. Aus der Gruppe der Engagierten und Betroffenen existieren auch bereits eigene Ansätze, was sie dazu beitragen könnten.

## Handlungsbedarfe und Forderungen

Aus den Interviews mit den Betroffenen und Multiplikatoren lassen sich aus Perspektive des Projekts „Zivilgesellschaft stärken und schützen“ vier zentrale Handlungsfelder für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt ableiten:

### **1. Austausch zwischen Politik, Verwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft über aktuelle Entwicklungen**

Im Lagebericht zeigt sich, dass stark divergierende Wahrnehmungen über das Ausmaß möglicher Bedrohungen existieren. Jener Personenkreis, welcher im Landkreis sehr eng mit den Jugendlichen arbeitet, ist alarmiert. Um frühzeitig präventiv und repressiv vorgehen zu können, sollte sich daher zeitnah eine Runde zusammenfinden, in welcher Entscheidungsbefugte, Polizei und Multiplikator:innen der Praxis in den Austausch gehen.

Ziel einer solchen Veranstaltung wäre es, den Handlungsbedarf im Themenfeld politisch motivierter Gewalt gegen junge Engagierte zu prüfen. Sie dient dazu, die Informationen und Beobachtungen beider Seiten auszutauschen, um auf Schutzbedarfe reagieren zu können und eine verbesserte Koordination des Handelns zu ermöglichen.

Da die beschriebenen Bedrohungen landkreisweit auftreten, wäre eine koordinierende Rolle des Landratsamtes und der Partnerschaft für Demokratie sinnvoll, zugleich müssten vmtl. einzelne Kommunen eingebunden werden. Der Entschluss zu einem solchen Austausch bedingt noch keine Verstetigung des Gremiums, so dass sich der entstehende Aufwand in engem Rahmen halten lässt.

## **2. Ausbau der Hilfen für Betroffene**

Um das demokratische Engagement der jungen Menschen trotz Bedrohungsempfinden zu erhalten, müssen diese mit ihrem Problem zuerst einmal ernstgenommen, ihnen zugehört und mit Empathie begegnet werden. Hierbei ist es wichtig, dass aufgrund der ungleichen Machtverhältnisse zwischen Jugendlichen und den staatlichen Stellen die Initiative primär von den Hilfesystemen ausgeht (Outreach-Prinzip) und erwachsene Vertrauenspersonen aus der mobilen Jugendarbeit eng eingebunden werden. Im Zuge eines Vertrauensaufbaus sind Maßnahmen zur Erhöhung der Anzeigebereitschaft vonnöten.

In Zusammenarbeit mit den Jugendlichen sollten ihnen zweitens Angebote bereitgestellt werden, die Informationen vermitteln und Kompetenzen im Umgang mit Bedrohungssituationen steigern. Hiermit wurde im Rahmen des Projektes mit der Partnerschaft für Demokratie / Jugendforum im September 2022 bereits begonnen. Dies sollte bedarfsorientiert im Jahr 2023 fortgesetzt werden und würde organisatorisch und finanziell durch das Projekt abgedeckt.

Empowerment und Resilienz lassen sich langfristig auch verbessern, indem die engagierten Jugendlichen in ihrer Vernetzung untereinander weiter unterstützt werden. Das Jugendforum fungiert hier als Schnittstelle; ebenso der Austausch der Akteure der (mobilen) Jugendarbeit und Jugendpflege im Landkreis.

## **3. Etablierung eines Ansprechpartners im Landkreis**

Idealerweise steht ein fester lokaler Ansprechpartner zur Verfügung, welcher Betroffene unterstützt und koordinierend tätig wird. Eine solche Stelle könnte die Verwaltungsstrukturen entlasten, indem sie für den skizzierten Problembereich die behördliche Zusammenarbeit unterstützt, die Kontakte zu den zivilgesellschaftlichen Trägern pflegt sowie den Outreach zu den Betroffenenengruppen übernimmt. Denn auch wenn diese Tätigkeiten bereits jetzt von den verantwortlichen Stellen ausgeführt werden, so zeigen sich doch Kapazitätsengpässe und hohe Arbeitsbelastung sowohl in der Verwaltung als auch bei den zivilgesellschaftlichen Trägern. Indem sich eine Stelle schwerpunktmäßig diesem Thema widmet, kann in viel stärkerem Ausmaß an einer umfassenden Prävention und ggf. an der Erhöhung des Repressionspotenzials gegenüber extremistischen Strukturen im Landkreis gearbeitet werden.

Es wäre daher zu prüfen, ob der Landkreis Interesse an der Etablierung eines „Schnittstellenbeauftragten“ (Arbeitstitel) hätte, welcher zeitnah im Rahmen des Projektes „Zivilgesellschaft stärken und schützen“ für mindestens 2 Jahre etabliert werden könnte. Hierzu gibt es seit September 2022 Vor-Absprachen des Projektes mit BAfzA und BMFSFJ. Im Rahmen einer Aufstockung der Pfd ließen sich zum konkreten Projektziel neue Ressourcen, ohne kommunale Zuzahlung, verhandeln. Das Projekt wäre in der Lage diesen Antragsprozess engmaschig zu begleiten und zu unterstützen.

## **4. Angebote für Akteure der Jugendarbeit**

Die regionalen Akteure der Jugendarbeit sind gut vernetzt und in ständigem Austausch. Nichtsdestoweniger wäre es denkbar, ein zusätzliches Angebot, z.B. in Form eines Fachtages zum Austausch und zur Reflexion der bisherigen pädagogischen Ansätze im Landkreis zu schaffen. Das hiermit verbundene Ziel wäre die kritische Überprüfung der Wirkungen der Arbeit

in den letzten Jahrzehnten sowie mehr Sicherheit im Umgang mit Bedrohungsphänomenen. Zusätzliche Maßnahmen zur weiteren Professionalisierung ließen sich entsprechend der Bedarfe u.a. in Zusammenarbeit mit der EAH Jena oder der Stabsstelle polizeiliche Extremismusprävention erarbeiten.